

Fragen

für die Fragestunden

der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Dienstag, dem 19. Dezember 1972

am Mittwoch, dem 20. Dezember 1972

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 13 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3, 13 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	11

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

1. Abgeordneter
Hansen

Wird die Bundesregierung die Studie „Gewässerschutz sofort“ des Arbeitskreises für Umweltschutz an der Universität Konstanz zum Anlaß nehmen, um bei den Waschmittelherstellern in der Bundesrepublik Deutschland eine drastische Senkung des überflüssig hohen Phosphatgehalts in Waschmitteln durchzusetzen?
2. Abgeordneter
Dr. Dübber

Sind Pressemeldungen richtig, wonach es jetzt infolge von neuen Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst möglich sein wird, vom 63. Lebensjahr ab neben dem Gehalt auch die Rente der Zusatzversorgung zu beziehen, und welche Kosten werden dadurch entstehen?
3. Abgeordneter
von Bockelberg

Wird nach Auffassung der Bundesregierung das Ergebnis der Haager Ministerkonferenz über den Schutz des Rheins vor Verunreinigung richtig beurteilt durch den nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsminister, der es als „verlorene Schlacht für den Umweltschutz“ und als Todesurteil für den Rhein bezeichnet, oder durch den hessischen Umweltminister, der darin „einen großen Erfolg“ sieht?
4. Abgeordneter
von Bockelberg

Sieht die Bundesregierung nach Abschluß der Haager Vereinbarung noch Raum für die von ihrer Vorgängerin angestrebten zweiseitigen Verhandlungen über die Aufteilung der Wärmekapazität des Rheins mit Frankreich und eine Verbesserung der offenkundig unzulänglichen Haager Absprachen über die thermische Belastung des Rheins?
5. Abgeordneter
**Becker
(Nienberge)**

Wird die Bundesregierung nach den gesammelten Erfahrungen, insbesondere bei den Betriebsverwaltungen Bahn und Post, Pauschalabgeltung von Mehrleistungen bei besonderen Anlässen in Zukunft wieder zulassen?
6. Abgeordneter
Reiser

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ab Frühjahr 1973 etwa 30 Kilometer nordwestlich von Helgoland regelmäßig dänische Arzneimittelabfälle ins Meer versenkt werden sollen, und wenn ja, ist ihr bekannt, um welche Substanzen es sich hierbei handelt?
7. Abgeordneter
Reiser

Ist bekannt, warum die dänischen Abfälle gerade an dieser Stelle abgeladen werden sollen und wo sie bisher deponiert oder vernichtet worden sind?

8. Abgeordneter
**Freiherr
von Fircks**
- Beabsichtigt die Bundesregierung, angesichts der vom 6. Deutschen Bundestag beschlossenen Vorziehung der 15. Rentenanpassung auf den 1. Juli 1972 und angesichts der weiteren überdurchschnittlichen Preis- und Kostensteigerungen auch im Bereich der ebenfalls dynamisierten Leistungen zur Altersversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz den gleichen Anpassungstermin vorzuschlagen, zumal die nach dem Lastenausgleichsgesetz vorgesehenen Zuschläge für ehemals selbständige Landwirte und frühere Angehörige selbständiger mittelständischer Berufe durch das 4. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz in den Jahren 1971 und 1972 überhaupt nicht angehoben worden sind?
9. Abgeordneter
**Freiherr
von Fircks**
- Ist die Bundesregierung bereit, zur Vermeidung eines weiteren Zurückbleibens der Leistungen zur Altersversorgung der Vertriebenen und Flüchtlinge und der Kriegsoffizierrenten hinter den Einkommen der Sozialversicherungsrentner alsbald Gesetzentwürfe vorzulegen, die eine um ein halbes Jahr vorgezogene Anpassung der Unterhaltshilfen und der Kriegsoffizierrenten jeweils zum 1. Juli eines Jahres, erstmals am 1. Juli 1973, entsprechend der Regelung im Sozialversicherungsrecht vorsehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

10. Abgeordneter
**Dr. Jahn
(Braunschweig)**
- Wann gedenkt die Bundesregierung, die am 9. Oktober 1968 in New York unterschriebenen Pakte „Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“, „Internationaler Pakt über staatsbürgerliche und politische Rechte“ dem Deutschen Bundestag zur Ratifizierung zuzuleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

11. Abgeordneter
Dr. Schmude
- Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß Aufwendungen echter und scheinbarer Wirtschaftsvereinigungen im Wahlkampf zugunsten bestimmter Parteien nicht durch die Beitragszahler bzw. Spender steuerlich zu Lasten der Allgemeinheit abgesetzt werden können?
12. Abgeordneter
**Dr. Wittmann
(München)**
- Welche Liegenschaften des Bundes im Ballungsraum München sind für den Bund entbehrlich und können nach dem Grundstücksverbilligungsgesetz vom 16. Juli 1971 für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, die Bildung von Eigentum für breite Schichten der

Bevölkerung, zur Schaffung von Bildungseinrichtungen sowie für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

13. Abgeordneter
Dr. Schneider
(Nürnberg)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung der IG Bergbau, bei einer langanhaltenden Kälteperiode drohe ein Energieengpaß, und durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung längerfristig die ausreichende Stromversorgung der Bevölkerung sicherstellen?
14. Abgeordneter
Zebisch
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der gezielte vorrangige Ausbau der Infrastruktur in den Fördergebieten des Rahmenplanes zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ verteilungspolitisch gerechter und regionalpolitisch wirksamer ist als die direkte Förderung gewerblicher Investitionen durch Investitionsanreize?
15. Abgeordneter
Zebisch
- Wird die Bundesregierung die Fördersätze bei Investitionen der gewerblichen Wirtschaft reduzieren, um damit Mittel zugunsten eines beschleunigten und gezielten Ausbaues der Infrastruktur in den Fördergebieten einzusparen?
16. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die durch die Mineralölkonzerne kurz hintereinander folgende zweimalige Benzinpreiserhöhung?
17. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um das offensichtlich gleichformige und abgestimmte Verhalten der Konzerne bei der Benzinpreiserhöhung zu überprüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

18. Abgeordneter
Höcherl
- Ist die Bundesregierung in der Lage, Auskunft zu geben, wieviel einzelbetriebliche landwirtschaftliche Förderungsprojekte nach den neuen Richtlinien in ihrer ersten Amtszeit durchgeführt wurden?

19. Abgeordneter
**von Alten-
Nordheim** Nachdem das Ausmaß der Sturmschäden vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nach jetzigem Stand mit ca. 16,3 Millionen Festmeter beziffert wird und eine Beschränkung des ordentlichen Holzeinschlags auf Grund des Forstschädenausgleichsgesetzes verordnet ist, frage ich die Bundesregierung, welche zusätzlichen Maßnahmen der Importbeschränkungen und Exportförderung sie zu ergreifen gedenkt, und damit zur Stabilisierung des inländischen Holzmarktes beizutragen?
20. Abgeordneter
**von Alten-
Nordheim** Welche Förderungsmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen um den geschädigten Waldbesitzern bei der ohnehin schon unrentablen Lage der Forstwirtschaft die Aufarbeitung des Schadholzes zu ermöglichen, und die Aufräumung und Aufforstung zur Wiederherstellung der Flächen zu ermöglichen, die sonst mit Sicherheit unterbleiben müßte?
21. Abgeordneter
Lemp Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit der Sturmkatastrophe vom 13. November 1972 ergriffen bzw. eingeleitet, um ruinöse Marktstörungen infolge des vermehrten Holz-anfalles durch Windbruch und Windwurf zu begegnen?
22. Abgeordneter
Lemp Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für schnelle und wirksame Unterstützung der infrage kommenden Länder bei der Aufräumung der Schadensflächen, der Aufbereitung des Schadholzes und der Wiederaufforstung im Interesse einer zügigen Wiederherstellung der verwüsteten Landschaft in den von der Sturmkatastrophe besonders hart betroffenen Gebieten?
23. Abgeordneter
Dr. Gruhl Hat die Bundesregierung das Ausmaß der Sturmschäden festgestellt, die durch den Orkan am 13. November 1972 in den Wäldern Norddeutschlands verursacht worden sind?
24. Abgeordneter
Dr. Gruhl Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, damit diese riesigen Holzmengen einer Verwendung zugeführt werden, wie das die Bundesregierung im März 1967 auf Grund der Sturmschäden vom 20. bis 28. Februar 1967 getan hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

25. Abgeordneter
Ziegler Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer zügigen Abwicklung der Rentenreformgesetze insbesondere zur Neuberechnung der Renten nach Mindesteinkommen zu veranlassen, und was gedenkt sie zu unternehmen?
26. Abgeordneter
Ziegler Ist die Bundesregierung weiterhin der Auffassung, daß die Neuberechnung der Renten nach Mindesteinkommen bis zu fünf Jahre in Anspruch nehmen würde?
27. Abgeordneter
Geisenhofer Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch Hinweise auf eine angeblich notwendige Korrektur der von der Opposition gegen den Willen der Regierungskoalition durchgesetzten Bestimmungen über Renten nach Mindesteinkommen Unsicherheit und Unruhe unter ca. einer Million Kleinrentner geschaffen wird?
28. Abgeordneter
Geisenhofer Kann die Bundesregierung unverzüglich und verbindlich erklären, daß sie weder eine Einschränkung des von der Kleinrentenregelung begünstigten Personenkreises noch eine Senkung der Mindestbemessungsgrundlage und damit eine Verschlechterung des nach CDU/CSU-Vorschlag beschlossenen Gesetzes beabsichtigt?
29. Abgeordneter
**Brandt
(Grolsheim)** Hält die Bundesregierung die Sicherheitsvorschriften für die Verlegung von Pipelines, in denen Öl transportiert wird angesichts der Katastrophe von Ochtrup für ausreichend, und welche Folgerungen im Hinblick auf die Gesetzgebung beabsichtigt die Bundesregierung aus dieser Katastrophe zu ziehen?
30. Abgeordneter
Wolfram Ist der Bundesregierung bekannt, daß die IG Bau-Steine-Erden sich seit Jahren vergeblich bemüht, mit den Arbeitgeberverbänden der Architektur- und Ingenieurbüros Tarifverträge abzuschließen und daß deshalb für die Mitarbeiter in diesem Bereich, insbesondere auch die Bauzeichner, ein tarifloser Zustand besteht?
31. Abgeordneter
Wolfram Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, bei Wahrung der Tarifautonomie diesen Arbeitnehmern eine tarifliche Absicherung ihrer Lohn- und Einkommensbedingungen zu schaffen?

32. Abgeordneter
Krampe Hält die Bundesregierung es mit mir für selbstverständlich, daß die Bundestagskandidatur eines Beamten für eine demokratische Partei keinerlei nachteilige dienstliche Maßnahmen gegen den Beamten rechtfertigen kann?
33. Abgeordneter
Krampe Trifft die Meldung zu und wenn ja, wie vermag es die Bundesregierung dann zu begründen, daß im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung unmittelbar nach der Bundestagswahl drei langjährige spezialisierte Beamte, die auf Reserveplätzen der CDU-Landesliste für den Deutschen Bundestag kandidiert hatten, gegen ihren Willen von ihren Dienstposten entfernt und mit fachlich fremden Aufgaben betraut wurden?
34. Abgeordneter
Francke
(Osnabrück) Trifft es zu, daß im Bundesarbeitsministerium unmittelbar nach der Bundestagswahl drei Referenten, die als Reservekandidaten auf der CDU-Landesliste für den Deutschen Bundestag kandidiert hatten, von ihren Posten abgelöst wurden, daß es sich in allen drei Fällen um langjährig bewährte Spezialisten handelt, die gegen ihren Willen in Arbeitsgebiete umgesetzt wurden, für die sie weder besondere Kenntnisse noch Erfahrungen mitbringen können?
35. Abgeordneter
Francke
(Osnabrück) Wenn ja, welche Gesichtspunkte haben die Bundesregierung zu den genannten Maßnahmen gegen tüchtige Fachbeamte veranlaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

36. Abgeordneter
Metzger Welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus den Feststellungen des Bundesrechnungshofs ziehen, in den Jahren 1956 bis 1966 seien Hunderte von Millionen Mark nutzlos für die Entwicklung von kurz- oder senkrechtstartenden Flugzeugen ausgegeben worden, wobei in einem Fall von Anfang an keine echten technischen und überhaupt keine militärischen Interessen zugrundegelegt haben?
37. Abgeordneter
Metzger Ist die Bundesregierung bereit zu überprüfen, ob auf Grund der vom Bundesrechnungshof getroffenen Feststellungen Möglichkeiten bestehen, Schadensersatzansprüche gegenüber den Verantwortlichen geltend zu machen?
38. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München) Welche Stellen sind für die Buchbeschaffungen für Truppenbüchereien verantwortlich, und nach welchen Gesichtspunkten werden Empfehlungen für die Anschaffung von bestimmten Büchern gegeben?

39. Abgeordneter
Würtz Welche niedersächsischen Oberkreisdirektoren haben für ihren Landkreis nach der Sturm-
katastrophe vom 13. November 1972 den
Katastrophenfall erklärt und um die Hilfe der
Bundeswehr gebeten?
40. Abgeordneter
Würtz Liegt dem Verteidigungsministerium inzwi-
schen die Einwilligung des Bundesministers
für Wirtschaft und Finanzen vor, auf die Er-
hebung der Kosten für den Einsatz der Bun-
deswehr im Rahmen der Katastrophenhilfe an-
läßlich der Sturmkatastrophe zu verzichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

41. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen** Kennt die Bundesregierung die in 15 Punkten
zusammengefaßte Bilanz des Symposions der
ETH Zürich und der Universität Zürich zur
Hebung der Verkehrssicherheit, und inwieweit
sind solche Überlegungen auch schon in ent-
sprechende Programme der Bundesregierung
einbezogen?
42. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen** Wird die Bundesregierung für die Erstellung
ihres Zweiten Erfahrungsberichts im Zusammen-
hang mit der Neuregelung des § 8 des
Personenbeförderungsgesetzes (Drucksache
VI/2743) die Länder auffordern, die Mängel
in der Personenverkehrsbedienung der länd-
lichen Gebiete zu ermitteln, damit in Fort-
schreibung des ersten Berichts der Bundes-
regierung, der gebietliche Einzelangaben nur
für die Ballungsgebiete und Ballungsrandzonen
enthält, nunmehr auch für die ländlichen Zo-
nen ein geschlossenes Bild über die tatsäch-
lichen Verhältnisse in der Personenverkehrs-
bedienung gegeben werden kann?
43. Abgeordneter
**Schulte
(Schwäbisch
Gmünd)** Würde die Bundesregierung einem eventuel-
len Antrag eines Bundeslandes, landschafts-
bezogene Kraftfahrzeugkennzeichen einzufüh-
ren, stattgeben?
44. Abgeordneter
Stücklen Ist die Bundesregierung der Meinung, daß sich
das von ihr für zweibahnige Bundes- und
Landstraßen verfügte Tempo 100 bewährt hat,
und auf welche Tatsachen stützt sich gegeb-
enfalls ihre Auffassung?
45. Abgeordneter
**Dr. Jahn
(Braunschweig)** Welche Vereinbarungen sind zwischen der
Bundesregierung (der Bundesbahn) und dem
Land Niedersachsen getroffen worden, um die
Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken von
Lehrte über Braunschweig nach Helmstedt zu
realisieren?

46. Abgeordneter
Dr. Althammer Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die wirklichen Ursachen der schrecklichen Flugzeugkatastrophe am 3. Dezember 1972 auf Teneriffa, bei der 149 Deutsche ums Leben kamen, aufzuklären?
47. Abgeordneter
Dr. Althammer Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf erhöhte Sicherheit im internationalen Charterflugverkehr hinzuwirken?
48. Abgeordneter
Leicht Trifft es zu, daß die Bundesregierung bereits mehrfach von seiten der Kultusministerien der Länder auf das Problem der überfüllten Schulbusse aufmerksam gemacht worden ist?
49. Abgeordneter
Leicht Warum hat die Bundesregierung bislang noch nichts unternommen, um die unerträglichen Zustände im Schulbusverkehr zu beseitigen, insbesondere jene Bestimmungen des Personenbeförderungsgesetzes abzuändern, wonach Kinder Anspruch nur auf einen halben Platz haben?
50. Abgeordneter
Seefeld Wann ist mit der Verabschiedung der Ausbildungsordnung für Berufskraftfahrer endlich zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

51. Abgeordneter
**Dr. Schneider
(Nürnberg)** Trifft es zu, daß das Ausmaß der Kosten- und Mietpreisteigerungen im sozialen Wohnungsbau einen Spitzensatz von 16,16 DM pro qm erreicht hat, hält die Bundesregierung dies für die betroffenen Personen für tragbar, und wie will sie den sozialen Wohnungsbau bei den für die nächsten Jahre geschätzten weiteren Mietpreisteigerungen von bis zu 140% weiter aufrecht erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

52. Abgeordneter
**Schröder
(Lüneburg)** Wie bewertet die Bundesregierung Verpflichtungserklärungen von DDR-Bürgern bei Westkontakten, sowie die damit verbundene Fragebogenaktion, und sieht sie diese Aktion in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Ergänzungen zum Grundvertrag?

53. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg) Ist die Bundesregierung wegen dieser Aktion bei der DDR-Regierung vorstellig geworden, wenn ja, mit welchem Erfolg, wenn nein, aus welchen Gründen hat die Bundesregierung in dieser Frage nichts unternommen?
54. Abgeordnete
Frau Berger Hält die Bundesregierung an der Regelung in ihrer Gemeinsamen Geschäftsordnung fest, wonach im Interesse einer straffen Verwaltungsgliederung
- jedes Bundesministerium nur in Abteilungen, evtl. Unterabteilungen und Referate gegliedert wird,
 - das Referat die tragende Einheit im organisatorischen Aufbau des Ministeriums bildet und
 - der Referent unmittelbar unter dem Abteilungsleiter/Unterabteilungsleiter sein Referat in eigener Verantwortung verwaltet?
55. Abgeordnete
Frau Berger Trifft es zu und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, entgegen den genannten Vorschriften in der Unterabteilung für Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zwei „Arbeitsgruppen“ zu bilden und vier Referenten der Unterabteilung, darunter die beiden einzigen der CDU/CSU angehörigen, jeweils einem „Arbeitsgruppenleiter“ zu unterstellen?
56. Abgeordneter
Reddemann Trifft es zu, daß in der für Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der Verwaltung erheblicher finanzieller Förderungsmittel zuständigen Unterabteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen entgegen den Vorschriften der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien zwei Arbeitsgruppen gebildet und vier Referenten, darunter die beiden einzigen der CDU/CSU angehörigen Referenten dieser Unterabteilung, in ihrer Verantwortlichkeit durch die Unterstellung unter „Arbeitsgruppenleiter“ eingeschränkt worden sind?
57. Abgeordneter
Reddemann Trifft es zu, und wenn ja, hält die Bundesregierung es mit dem beamtenrechtlichen Leistungsprinzip für vereinbar, daß die gleiche Unterabteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen von einem Regierungsdirektor geleitet wird, dessen Beförderung zum Ministerialrat und Ministerialdirigenten der unabhängige Bundespersonalaus-schuß wiederholt abgelehnt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

58. Abgeordneter
Dr. Kreutzmann Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Söhnen von Landärzten und Studenten der Medizin, die sich verpflichten, mindestens zehn Jahre in einer Landarztpraxis tätig zu sein, bevorzugt die Zulassung zum Medizinstudium zu ermöglichen?
59. Abgeordneter
Dr. Kreutzmann Teilt die Bundesregierung den Standpunkt der Kassenärztlichen Vereinigung Hessens, daß in der bevorzugten Zulassung zum Studium für derartige Arztsöhne und Medizinstudenten keine Bevorzugung gegenüber jenen Studenten zu erblicken ist, die nicht bereit sind, in einer Landarztpraxis tätig zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

60. Abgeordneter
Dr. Aigner Trifft die Pressemeldung zu, daß Staatssekretär Dr. Sohn bei seinem letzten Besuch in Washington bei der Weltbank vorgesprochen und dem deutschen Weltbankdirektor Stedtfeld und seinem Stellvertreter Athopeos sein „persönliches Interesse“ an Aufträgen der neugegründeten Consulting-Firma „Neue-Heimat-Interconsult“ erklärt und um Berücksichtigung bei Auftragsvergabe gebeten hat?
61. Abgeordneter
**Kunz
(Berlin)** Wird die Bundesregierung auch weiterhin die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit Besuchern aus der DDR ein Begrüßungsgeld gezahlt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

62. Abgeordneter
Dr. Klepsch Ich frage die Bundesregierung, ob Aussagen der Wochenzeitschrift „Stern“ vom 3. Dezember 1972 zutreffen, daß der Bundeskanzler über einen Vorschlag seiner Berater zu entscheiden hat, die im Deutschen Industrie- und Handelstag zusammengesetzten Industrie- und Handelskammern wegen ihres Verhaltens im Wahlkampf 1972 „zu disziplinieren“ und das Gesetz über die Industrie- und Handelskammern zu ändern?
63. Abgeordneter
Orgaß Trifft die Behauptung der Hamburger Illustrierten „Stern“ zu, daß der Bundeskanzler den Antrag erteilt hat, eine Liste anzufertigen, die Namen von Personen aus der deutschen Wirtschaft enthält, die im zurückliegenden Wahlkampf die Opposition unterstützt haben?

64. Abgeordneter
Orgaß Läßt die Bundesregierung darüber hinaus weitere Listen von Personen zusammenstellen, die ihrer Politik kritisch gegenüberstehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

65. Abgeordneter
Vogel
(Ennepetal) Sind der Bundesregierung Anzeichen dafür bekannt, daß Behauptungen zutreffen, die griechische Regierung baue in der Bundesrepublik Deutschland ein Spitzelnetz aus, für das sie bereits 1971 80 Millionen DM aufgewendet habe?
66. Abgeordneter
Vogel
(Ennepetal) Teilt die Bundesregierung die kürzlich in unserem Lande geäußerten Besorgnisse, daß „ein neuer Versuch der griechischen Militärregierung zur Einschüchterung und Unterdrückung griechischer Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten“ sei?
67. Abgeordneter
Blumenfeld Ich frage die Bundesregierung — nachdem jüngsten Meldungen zufolge die Vereinten Nationen in absehbarer Zeit keine gemeinsame Aktion ihrer Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, insbesondere der Luftpiraterie, beschließen werden —, welche Maßnahmen sie auf diesem Gebiet zu ergreifen gedenkt, und zwar sowohl autonom oder in multilateralen Abkommen als auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (entsprechend den Beschlüssen der Außenminister in Frascati am 11. September 1972) und im Rahmen des Europarats (entsprechend der Empfehlung Nr. 684 der Beratenden Versammlung)?
68. Abgeordneter
Dr. Hupka Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß 1972 im Vergleich zu 1971 die Zahl der Aussiedler jenseits von Oder und Görlitzer Neiße nicht nur rückläufig, sondern nahezu halbiert worden ist, waren es in den Monaten Januar bis November 1971 23 684 Aussiedler, so sind es in den Monaten Januar bis November 1972 nur noch 12 100 Aussiedler gewesen?
69. Abgeordneter
Dr. Hupka Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu tun, die in einem Brief vom 20. November 1972 aus Oberschlesien diesen Niederschlag gefunden hat: „Bei uns besteht weiterhin keine Möglichkeit, einen neuen Antrag (auf Aussiedlung) zu stellen, weil die Anträge immer noch vom Paßbüro nicht abgenommen werden!“?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

1. Abgeordneter
Biechle Wie beurteilt die Bundesregierung die Studie „Gewässerschutz — sofort“ des Arbeitskreises für Umweltschutz Konstanz an der Universität Konstanz, nach der eine erhebliche Reduzierung des Phosphorgehalts in Wasch- und Reinigungsmittel möglich ist, und ist sie bereit, zum Schutz der Gewässer, vor allem der stehenden Gewässer, einen Gesetzesvorschlag für eine sukzessive Verringerung des Phosphorgehalts in Wasch- und Reinigungsmitteln in das Arbeitsprogramm der künftigen Bundesregierung aufzunehmen?

2. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden) Kann im Zuge einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei mit der Wiedereröffnung des Straßenübergangs Mähring—Promenhof gerechnet werden, evtl. für einen kleinen Grenzverkehr?

3. Abgeordneter
Wolfram Wie beurteilt die Bundesregierung die sich aus der starken Zunahme der Sportfliegerei ergebende zunehmende Lärmbelästigung für eine große Zahl von Anliegern sogenannter Landeplätze?

4. Abgeordneter
Wolfram Ist die Bundesregierung bereit, Schul- und Sportfliegerei an Wochenenden und in Freizeiten der arbeitenden Bevölkerung zu begrenzen und auf die Flugzeugindustrie gesetzlich oder anderweitig einzuwirken, Klein- und Privatflugzeuge viel stärker als bisher mit schalldämpfenden Einrichtungen auszurüsten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

5. Abgeordneter
Flämig Billigt die Bundesregierung die von den US-Streitkräften beantragte Erweiterung der Kapazität des US-Army-Fliegerhorstes Langendiebach (Landkreis Hanau), oder teilt die Bundesregierung die Meinung der vom Fluglärm besonders betroffenen Bevölkerung im Wachstumskreis Hanau sowie der örtlichen Behörden, wonach der bestehende Fliegerhorst in unmittelbarer Nähe der Wohngebiete nicht erweitert werden darf, sondern so bald wie möglich in eine dünner besiedelte Gegend verlegt werden muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

6. Abgeordneter
Zebisch Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um die Umstrukturierung monostrukturierter industrieller Teilräume — wie z. B. die nördliche Oberpfalz — zu fördern?
7. Abgeordneter
Zebisch Beabsichtigt die Bundesregierung Initiativen, um diesem strukturpolitischen Erfordernis wirksamer gerecht zu werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Landwirtschaft und Forsten**

8. Abgeordneter
**Schröder
(Lüneburg)** Wie hoch ist die Anzahl von Rückzahlungspflichtigen (ganz oder teilweise), die eine Beihilfe gemäß der Richtlinien für die Vergabe von Bundesmitteln des „Grünen Plans“ zur Förderung der baulichen Verbesserung von Landarbeiterstellen und landwirtschaftlichen Werkwohnungen vom 5. Juni 1963 erhalten haben?
9. Abgeordneter
**Schröder
(Lüneburg)** Ist die Bundesregierung bereit, die Richtlinien dahin gehend zu ändern, daß eine Rückzahlungsverpflichtung entfällt, sofern nachgewiesen werden kann, daß die Neuanwerbung einer landwirtschaftlichen Arbeitskraft anstelle einer ausgeschiedenen ohne Erfolg geblieben ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

10. Abgeordneter
Batz Hält die Bundesregierung Arbeitsangebote ausländischer Unternehmen, die nach Arbeitskräften für Großbauvorhaben suchen, für wettbewerbsneutral gegenüber deutschen Unternehmen, die einschlägige Gesetze und Tarifverträge berücksichtigen müssen, wenn diese Unternehmen in ihren Anzeigen wörtlich inserieren: „Wir arbeiten 6 Tage mit 72 Wochenstunden. Wir bezahlen rumänischen Tarif und 22,— DM täglich“?
11. Abgeordneter
**Dr. Kunz
(Weiden)** Gilt § 42 Abs. 1 des Betriebsverfassungsgesetzes, wonach eine Betriebsversammlung nicht öffentlich ist und deshalb nur die betriebsangehörigen Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, die Beauftragten seiner Arbeitgebervereinigung

sowie die Beauftragten der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften teilnahmeberechtigt sind, für Abgeordnete und damit auch für Mitglieder des Bundeskabinetts, oder vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß Politiker generell berechtigt sind, an Betriebsversammlungen teilzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

12. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß die Mitbenutzungskosten des Standort-Hallenschwimmbads Braunschweig für Vereine des Bezirksverbands Braunschweig in Höhe von 70 DM bis 100 DM pro Stunde ungerechtfertigt hoch sind, zumal die Bundeswehr bei der bisherigen Benutzung der Braunschweiger Bäder Gebühren zu zahlen hatte, die weit unter den jetzt von ihr selbst geforderten Mieten lagen?
13. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Vereine des Bezirksschwimmverbands Braunschweig für die ihnen eingeräumten vier Trainingsstunden pro Woche Benutzungskosten zahlen, die nicht über den bisher von der Bundeswehr an die Stadt gezahlten Benutzungsgebühren liegen, um somit dem Leistungssport, der in Braunschweig bisher keine geeignete Übungsstätte hatte, die Möglichkeit zur Entwicklung zu geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

14. Abgeordneter
Pfeifer Wieviel Lehrstühle für Sozialmedizin bestehen z. Z. an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, und wird die Bundesregierung bei ihren Beratungen mit den Ländern über den Hochschulausbau darauf drängen, daß an allen medizinischen Fachbereichen in ausreichender Anzahl Lehrstühle für Sozialmedizin errichtet werden?
15. Abgeordneter
Pfeifer Inwieweit nimmt nach Ansicht der Bundesregierung die neue Approbationsordnung für Ärzte auf das Gesamtgebiet der Sozialmedizin Rücksicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

16. Abgeordneter
Brandt
(Grolsheim) Da nach dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen die Bundesstraße 40 zwischen Mainz und Alzey in Dringlichkeitsstufe 1 steht, frage ich, auf welchem Stand zur Zeit die Vorbereitungen für den Ausbau der Strecke zwischen Mainz und Wörrstadt sind?
17. Abgeordneter
Brandt
(Grolsheim) Bis wann glaubt die Bundesregierung, einer erneuten Ausschreibung für den Bau der Rotweinbrücke über den Rhein näher treten zu können?
18. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen Wann ist zwischen Zilsheim und Hattersheim mit der Fertigstellung der Spange zum Flughafen an der Bundesautobahn Frankfurt/M.—Wiesbaden zu rechnen, da die Fertigstellung im Hinblick auf den überörtlichen Verkehr im Raum Hattersheim und nach den westlichen Vororten von Frankfurt/M. immer dringlicher wird?

Bonn, den 14. Dezember 1972